

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakto:  
Gedr. Krabold, Dresden.

**Abonnementpreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn R. 5.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.  
**Sprechstunde** nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
**Correspondenz:** Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

**Inserate** werden die Tagespreise mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 211.

Dresden, Dienstag den 10. September 1918.

29. Jahrg.

## Denkschrift an den Reichskanzler über das Ernährungswesen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichskanzler in der Frage des Ernährungswesens die folgende Denkschrift gerichtet:

Berlin, den 9. September 1918.

An Se. Exzellenz

des Herrn Reichskanzler Grafen Dr. von Hertling, Berlin.

Exzellenz!

Die steigende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns nochmals, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die höchst bedenklichen Zustände zu lenken, unter denen die breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Wir haben diese Klagen wiederholt mündlich und schriftlich in eingehend motivierten Darlegungen Eurer Exzellenz und Ihren Herren Vorgängern vorgetragen, dem Kriegsernährungsamt und dem Reichsamt des Innern übermittelt, ohne von letzterem in allen Fällen Antwort erlangen zu können. Weidert fanden unsere Vorschläge in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ersten Warnungen, die wachsende Erschütterung durch ungenügende Maßnahmen nicht noch zu vergrößern, wurden in den Wind geschlagen.

So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Steuererhöhung war längst durch die gesunkene Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamtes, die lediglich durch Preisanstieg eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel, die mit den steigenden Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotz dem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgebeutet, die durch schamlosen Wucher mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erreichbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Schleichhandel entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgüter müssen Phantasiapreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Ergänzung erfolgen. Vergeblich wehren sich Erhaltungswille, Ordnungsliebe und Reinlichkeitsbedürfnisse gegen dieses Verhängnis. Alle Ersparnisse werden aufgewehrt, nur um das bloße Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftsniedergang geht der körperliche Kraftverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute, Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aus Schwere.

Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erleiden soll.

Leider hat aber gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidepreise wurden erhöht und die Regierung bezeichnete die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Rinderbewirtschaften „in beträchtlichen Grenzen“ bewegt. Neben der Brotpreiserhöhung stieg der Preis der so unentbehrlichen Nahrungsmittel, z. B. der für Griech von 33 auf 48 Pf., für Graupen von 36 auf 44 Pf. pro Pfund; das ist eine Steigerung von 50 bzw. 25 Prozent. In der Verarbeitung der Brottration, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wohlhabende Bevölkerung verschafft sich mit Hilfe des Schleichhandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzt steigende Preise doppelte Lieferung und hilft sich so über die fleischlosen Wochen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armen und Rinderbewirtschaften aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die ausgelegten Ersatzmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischration nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabwendbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für diese Verbilligung mindestens ein erhöhtes Maß von Kartoffeln zu geben. Der Sinnworts auf das reichliche vorhandene Gemüse genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuweisen. Sein geringer Nährwert, zumal bei fettloser Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich oder bei den riesigen Preisen für die Rinderbewirtschaften nicht erschwinglich sind.

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

v. d. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 10. September 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Teilangriffen des Feindes nördlich von Arnhem und nordöstlich von Ypern blieben kleinere Grabenstücke in seiner Hand.

Beiderseits der Straße Veronne—Cambrai setzte der Engländer seine Angriffe fort. Ihr Hauptstoß richtete sich gegen Gouzeaucourt und Vergh. Der Feind wurde abgewiesen. Auch am Abend aus dem Walde von Pavricourt und südlich der Straße Veronne—Cambrai erneut vorbrechende Angriffe des Gegners scheiterten. Teilkämpfe am Holmon-Walde (südlich von Vermand) und an der Straße Ham—St. Quentin. Unser in der vorletzten Nacht vom Grosjean-Kanal zurückgenommene Vortruppen hatten gestern westlich der Linie Aisnans—Vendeuil nur mit schwachen feindlichen Erkundungsabteilungen Kollision. Teilkämpfe südlich der Dife, Artillerietätigkeit nördlich der Ailette. Zwischen Ailette—o. Aisne nahm der Artilleriekampf gegen Mittag wieder große Stärke an. Heftige, bis zum Abend mehrfach wiederholte Angriffe des Feindes scheiterten. Brandenburgische Grenadiere zeichneten sich bei ihrer Abwehr besonders aus.

Zwischen Aisne und Belle wiesen wir Verstöße der Franzosen ab. Eigene erfolgreiche Unternehmungen südlich von Reims, südwestlich von Barrois (an der lothringischen Front) und am Moser.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Trotzdem besteht die Absicht, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von sieben Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zugrunde zu legen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes gibt bekannt, daß diese Festsetzung als „vorläufige“ bis zur Bestimmung des Endergebnisses zu gelten habe. Dann solle geprüft werden, ob eine Erhöhung möglich sei. Genau die gleiche Erklärung, derselbe tröstende Hinweis ist der Bevölkerung noch aus dem verflochtenen Jahre in Erinnerung. Trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf zehn Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transportchwierigkeiten wurden als das Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Einwand erhoben.

Im Volke ruft diese Ankündigung neue Erregung hervor. Sollte seine Erbitterung sich in Worten entladen, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs. Die Erfahrung hat gezeigt, daß im verflochtenen Jahre die Bevölkerung mit der Ration von sieben Pfund Kartoffeln nicht auskommen konnte. Wer es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die Transportchwierigkeiten des Kriegsernährungsamtes kausen eine glänzende Konjunktur für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwand. So zwangen organisatorische Unfähigkeit oder mangelnder Wille das darbedende Volk, 20 bis 30 Mark für den Pfennig Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge also war gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen. Was drakonische Strafbestimmungen niemals erzielen können, würde durch sie erreicht. Die Preisbehaltung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Ruttner im Parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamtes, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unerträglich und eine Erhöhung der Kartoffelration auf zehn Pfund das Gebot unabwendbarer Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Seit jener Zeit ist, wie wir ausführten, die Brottration herabgesetzt, die Fleischration verkürzt, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf zehn Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher Eure Exzellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfasst, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transportchwierigkeiten beseitigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldmöglichst durchgeführt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unter-

liegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenstreben, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Brodzeugeninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

#### Der Parteivorstand

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Hr. Ebert.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Karl Legien.

### Neue Reichsleitung.

Wir besprechen im gestrigen Leitartikel die Notwendigkeit einer Erneuerung der Reichsleitung und erwähnen die Gerüchte über sich anbahnende wichtige Veränderungen in den leitenden Stellen. Unsere Ausführungen werden durch folgende aus Berlin eingehende Mitteilungen ergänzt.

Man hat etwas läuten hören, weiß aber nicht recht, wo die Glocken hängen. Immerhin zeigt der Rauch dieses Gerüchtes an, daß irgendwo ein Feuer brennt.

Ein wenig klare politische Ueberlegung schafft sofort Bewußtsein über die gegenwärtige politische Lage. Das Herrenhaus behandelt die Wahlrechtsvorlage (schiepend. Aber lange kann die Entscheidung nicht mehr ausbleiben. Ein Eingehen des Herrenhauses auf den Wunsch der Regierung, das Wahlrechtsverprechen des preussischen Königs seinem Sinne nach einzulösen, d. h. ein Wahlrecht in Preußen zu schaffen, das keine sozialen Ungleichheiten berücksichtigt und wirklich Vertrauen zum Volke ausdrückt, ist überaus unwahrscheinlich. Und dies ist der Sinn der Dinstochschaft und Jubelstochschaft gewesen!

Lehnt das Herrenhaus endgültig ab, so muß die Regierung ausbleiben. Und dann fragt es sich einfach, ob sich Graf Hertling die Kraft zutraut, den Kampf gegen die Reaktion mit derselben Rücksichtslosigkeit und Hartnäckigkeit durchzuführen mit der diese das Recht des Volkes weigert. Wenn die Regierung darf nicht nur die Wähler antreiben, sondern muß unbedingt auch dafür sorgen, daß die Regierungsgewalt im Lande, der ganze Verwaltungsbetrieb nicht etwa bei den Neuwahlen für die Junker arbeitet, wie er das bisher stets getan hat, auch wenn die Regierung in Preußen gelegentlich im Streit mit der konservativen Partei lag. Und darüber hinaus muß die Regierung den Anhängern des gleichen Wahlrechts die Sicherheit bieten, daß nicht etwa andre Stellen, die gegenwärtig Befehlsgewalt haben, sich hindernd der Abrechnung mit den Wahlrechtsfeinden in den Weg stellen. Die Durchführung des Wahlkampfes setzt ein sehr großes Maß von Ruhe und Preissetztheit voraus. Graf Hertling wird sich zu prüfen haben, ob er die nötige Kraft und demokratische Entschlossenheit besitzt, Generalstabeschef bei der Entscheidungsschlacht um das Wahlrecht zu sein. Bleibt ihm selbst oder den Wahlrechtsparteien daran ein Zweifel, so muß die Regierung in jüngere und fähigere Hände übergehen.

Dieselbe Schlussfolgerung ergibt sich von einer Prüfung der internationalen Lage her. Der Völker Anzeiger, ein rein politisches Blatt, dessen Kritik an der deutschen Regierung die Wähler der Unabhängigen oft nachgedrückt haben, stellt bei den jüngsten Kriegszustandgebungen der Willkür fest, es seien keine widerwärtige Eroberungsprogramme, die nur nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands vernichtet werden könnten. Damit entfällt jedes moralische Recht der Entente, selbst deutsche Eroberungspläne zu tadeln; damit werde der Unterschied zwischen Anhängern der Amerikaner und des Verständigungsfriedens in Deutschland, zwischen Hebenfalls und Haacke ausgedrückt, und es bleibe ganz Deutschland nur die eine Möglichkeit, seine Haut so teuer wie möglich zu verkaufen. Darin steht natürlich eine kleine Ueberhebung, aber im Kern ist es richtig gesehen. Die Aussichten auf einen Verständigungsfrieden sind augenblicklich sehr gering. Es ist auch kaum zu erwarten, daß schon die diesjährige Winterpause die Friedensströmungen in Frankreich und England entscheidend stark machen wird. Wenn die Ententegegerungen waren von demselben so Aug. Ihre Köpfe auf die Möglichkeit vorzubereiten, daß die Millionen Amerikaner im nächsten Jahre noch notwendig werden könnten, um Deutschland den „Grabenstich“ zu geben.

Man muß aber das deutsche Volk auf einen verzweifelt Widerstand im fünften Kriegsjahr rufen, wenn braucht es dazu eine Kammerstimmung, die nicht wie jetzt durch unläsliche innere Zustände aus Schwere beeinträchtigt wird. Traut die Regierung Hertling sich die Kraft zu, Führer des deutschen Volkes im fünften Kriegsjahr zu sein? Auch diese Frage muß sie sich vorlegen, auch sie müssen die Wahlrechtsparteien prüfen.